



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2017  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **P 366 Postulat Fanaj Ylfete und Mit. über einen freiwilligen Lohnverzicht des Regierungsrates / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Ylfete Fanaj hält an ihrem Postulat fest.

Ylfete Fanaj: Ich weiss, Sie werden den Vorstoss ablehnen. Es ist eigentlich schade, dass es der Regierungsrat wieder verpasst hat, diesen Vorschlag selber einzubringen. Wie zu erwarten, hat der Regierungsrat die eigentliche Absicht des Vorstosses nicht verstanden. Er argumentiert technisch und möchte sogar noch Mitleid für die ach so anspruchsvolle Arbeit. Selbstverständlich steht ausser Frage, dass der Regierungsrat angemessen entlohnt werden soll. Dass er die jährliche Besoldungsanpassung für sich selber nicht vorgenommen hat, hat nichts mit einem Sparbeitrag, sondern mit Anstand zu tun. Es geht doch darum, in ausserordentlichen Zeiten ein symbolisches Zeichen der Solidarität zu setzen mit all denen, die zum wiederholten Mal von diversen Kürzungen betroffen sind. Die Kantonsratspräsidentin hat das heute in ihrer Antrittsrede deutlich gesagt. Dabei geht es nicht einmal um den Betrag, auf den Sie verzichten würden. Darum habe ich vorgeschlagen, dass Sie selber einen Betrag nennen können. Es geht um die Geste, dass alle ihren Beitrag leisten müssen und Sie mit gutem Beispiel vorangehen. Der Finanzdirektor lässt jegliche Sensibilität vermissen, wenn er lapidar sagt: „Der Kanton bricht nicht zusammen.“ Die Schauspielerin und Regisseurin Ursula Hildebrand sagte es in ihrer Rede an der Landsgemeinde so: „Viele von uns sind heute hier, um dieser Regierung zu sagen: Das längt im Fall ned!“ Wir wollen keinen Kanton, der „nicht zusammenbricht“, und wir wollen Ihre Worte des Bedauerns nicht über die Abbaumassnahmen, die Sie verantworten und mit denen wir nun leben müssen. Vertrauen schafft man nicht mit leeren Leitsätzen und Medienmitteilungen, sondern mit Tatbeweisen. Ich halte an meinem Postulat fest.

Claudia Huser Barmettler: Letzten Herbst, als die SP eine generelle Lohnkürzung beim Regierungsrat und beim Kantonsrat vorgeschlagen hat, stimmte die GLP diesem Anliegen zu. Wir haben es ebenfalls als Zeichen der Solidarität betrachtet, obwohl gerade unsere kleine Fraktion stark davon betroffen gewesen wäre. Die Mehrheit des Rates hat die Idee damals aber abgelehnt. Wir erachten es als verfehlt, nun den Hebel einseitig beim Regierungsrat ansetzen zu wollen. Auch der Regierungsrat hat bei der Ausarbeitung des zweiten Budgetentwurfs einige Mehrstunden leisten müssen und somit seinen Beitrag geleistet. Aus diesem Grund lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Guido Müller: Es ist relativ einfach, von anderen etwas zu fordern, aber selber nicht darauf zu verzichten. Die SP fordert die Regierung medienwirksam zu einem Lohnverzicht auf. Damit die SP mit gutem Beispiel vorangehen kann, habe ich im Namen der SVP-Fraktion eine Motion eingereicht, die verlangt, dass die SP für ihre Fraktionssitzung, die als Vorbereitung für die Session an einem Nachmittag abgehalten werden sollte, auch nur für einen Nachmittag entschädigt wird und nicht für zwei in Rechnung gestellte Nachmittage. Das

gilt übrigens auch für andere Fraktionen. Dieser Sparbeitrag kann problemlos umgesetzt werden, und es könnten so jährlich gegen 40 000 Franken eingespart werden.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Der Lohn ist eine Gegenleistung für geleistete Arbeit, aber auch ein Zeichen der Wertschätzung. In ihrer Stellungnahme hat die Regierung die Lohnsystematik für das Staatspersonal klar ausgeführt. Wir finden einen freiwilligen Lohnverzicht der Regierung in Zeiten von sehr hoher Präsenz und Belastung überhaupt nicht angebracht.

Monique Frey: Der Regierungsrat versteht den Kanton, wie er oft schon selber gesagt hat, als Unternehmen. In einem Unternehmen erfolgt die Entlohnung entsprechend der Leistung. Die Leistung ist auch mit dem Endresultat verbunden. Die Erfolgsbilanz des Regierungsrates ist mangelhaft, der Leistungsausweis stimmt nicht. Um es mit den Worten des Regierungsrates auszudrücken, müsste der Lohn steigen oder sinken, je nachdem wie es dem Kanton geht. Die Grüne Fraktion hat diese Aussagen des Regierungsrates noch nie gestützt. Der Regierungsrat ist nicht allein für die Leistung und die Erfolgsbilanz verantwortlich, sondern ebenso die Mehrheit unseres Rates sowie die Stimmbevölkerung. Die Grüne Fraktion lehnt die Motion deshalb grossmehrheitlich ab. Einen ähnlich lautenden Vorstoss, der eine Lohnkürzung bei unserem Rat verlangt hat, haben wir damals schon abgelehnt. Unser politisches System ist gut und nicht teuer, daran sollte nichts geändert werden. Gegen sinnvolle Sparaufträge haben wir nichts einzuwenden; diesen Sparvorschlag können wir aber nicht unterstützen, auch wenn er freiwillig erfolgen würde.

Urban Sager: Selbstverständlich arbeitet der Regierungsrat sehr viel, auch an Wochenenden, und er engagiert sich voll für seine Aufgabe. Mit Verlaub, das tun aber auch alle Angestellten des Kantons. Sie arbeiten für den Kanton, gerade während des budgetlosen Zustands, unter erschwerten Umständen. Sie tun das, weil sie sich für den Kanton einsetzen wollen und es ihnen wichtig ist, gute Arbeit zu leisten. Letzten Dezember haben Sie Ihren Angestellten erklärt, dass es die Umstände jetzt unumgänglich machen würden, dass sie länger arbeiten müssten. Gleichzeitig erklären Sie, dass Sie selber bereits genug arbeiten würden und deshalb selber keinen Beitrag leisten müssten. Diese Tatsache verstehen wir nicht. Ein Arbeitgeber, der in diesem Zusammenhang sein Personal ernst nimmt und sich ihm gegenüber verpflichtet fühlt, sollte hier mit einer symbolischen Handlung vorangehen und auf einen Teil seines Lohnes verzichten, um seinen Beitrag zu leisten. Das erwartet auch das Personal von Ihnen, viele können deshalb Ihre Stellungnahme zu diesem Postulat nicht verstehen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wenn Sie das Gefühl haben, die Regierung erwarte Ihr Mitleid, dann liegen Sie falsch. Wir wissen, was wir tun, was wir tun können und was wir tun müssen, und dafür setzen wir uns ein. Dafür erhalten wir, wie alle Angestellten, einen Lohn. Unsere Arbeitstage dauern zwischen 11 und 14 Stunden, manchmal arbeiten wir auch am Wochenende. Wir beklagen uns aber nicht darüber, denn das war uns bei unserer Wahl bewusst. Wir haben zudem vereinbart, dass wir die Mandatsgelder, die wir zusätzlich erhalten, in die Staatskasse einfliessen lassen. In meinem Fall sind das etwa 10 Prozent des Gehalts. Diese Mandate nehme ich neben meiner ordentlichen Tätigkeit wahr.

Der Rat lehnt das Postulat mit 87 zu 14 Stimmen ab.